



Standpunkt zu steigenden Semesterbeiträgen

Studierendenparlament
TU Braunschweig

Technische Universität
Braunschweig
**Studierendenparlament
Präsidium**

Katharinenstraße 1
38106 Braunschweig
Deutschland

**Nik Dömeland
Svenja Quentmeier
Wassili Kreuzer**

Tel: +49 5313914555
stupa@tu-bs.de
www.tu-braunschweig.de/stupa

Datum: 06.06.2025

Die höchsten Semesterbeiträge Deutschlands – Studierendenschaft der TU Braunschweig verurteilt mangelnde Unterstützung durch das Land Niedersachsen

In ihrer ersten beschlussfähigen Vollversammlung seit 6 Jahren hat die Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig am 20. Mai 2025 ein starkes Zeichen gesetzt. **Mit 924 anwesenden Studierenden wurde der steigende Semesterbeitrag der kommenden Semester diskutiert und ein Offener Brief an die Landesregierung beschlossen.** Die außergewöhnlich gut besuchte Versammlung zeigte **große Verärgerung und Enttäuschung über die Bildungspolitik des Landes Niedersachsen.** Es wird die sofortige Entlastung der Studierenden durch das Land gefordert.

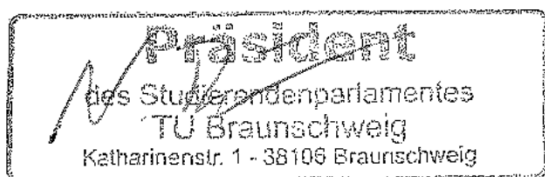
Konkret kritisiert die Studierendenschaft die massiven Kostensteigerungen für Studierende. **Zum Wintersemester 2025/26 steigt der Semesterbeitrag an der TU Braunschweig deutlich – von derzeit 383,20 Euro auf 440 Euro.** Hauptursachen sind die angekündigten Preissteigerungen für das Deutschlandticket und den Beitrag für das Studierendenwerk – beides Entwicklungen, die auf eine zunehmend mangelhafte Unterstützung durch das Land Niedersachsen zurückzuführen sind.

Schon jetzt sind die Semesterbeiträge in Niedersachsen die höchsten in Deutschland. Dies liegt vor allem an den hohen Verwaltungsgebühren von 75€ die jedes Semester ohne Zweckbindung in die Landeskasse fließen. „In anderen Bundesländern wurde die versteckte Studiengebühr längst abgeschafft, das ist auch in Niedersachsen lange überfällig“, kritisiert Thies Fronius aus dem AStA Vorstand der TU Braunschweig. Der Offene Brief fordert die **ersatzlose Streichung der 75€ Verwaltungsgebühren aus dem Niedersächsischen Hochschulgesetz.**

Ein weiterer großer Kostenpunkt: **138€ Studierendenwerksbeitrag!** Grund hierfür sind die zu geringen Finanzhilfen des Land Niedersachsen. Während im Jahr 2000 das Studierendenwerk noch circa das dreifache der Semesterbeiträge vom Land an Finanzhilfen bekam, hat sich das Verhältnis heute umgedreht. „Wer sich im Wahlkampf gute Bildungspolitik auf die Fahne schreibt muss auch dafür sorgen, dass Mensen und Studierendenwohnheime erhalten bleiben!“ merkt Svenja Quentmeier aus dem Studierendenparlament an. Im offenen Brief fordern die Studierenden **die vollständige Übernahme des Studierendenwerksbeitrags durch den Landeshaushalt**

Die Studierendenschaft sieht im Verhalten der Landesregierung eine kollektive Verantwortungslosigkeit, bei der finanziell schwächeren Teile der Gesellschaft auf der Strecke bleiben. „**Studieren darf kein Luxus sein**, wir brauchen Bildungsgerechtigkeit – Jetzt!“ fordert Robin D’Andrea – Verfasser des Briefes.

Die zentrale Forderung lautet: „*Studierende müssen entlastet werden – und zwar jetzt!*“



Gez. Nik Dömeland, Präsident des Studierendenparlaments

im Auftrag des Studierendenparlamentes der TU Braunschweig